

Medienmitteilung



Binz, 6. April 2009

Quelle: Heinz Gstrein

Stiftung CSI-Schweiz
Zelglistrasse 64 / Postfach 70 / CH-8122 Binz (ZH)
Tel 044 / 982 33 33 / Fax 044 / 982 33 34

Christian Solidarity International (CSI)
Zelglistrasse 64 / P.O. Box 70
CH-8122 Binz / Switzerland
Tel +41 44 982 33 33 / Fax +41 44 982 33 34

E-Mail / Internet
info@csi-int.org / www.csi-schweiz.ch

Religiöser Fanatismus in Marokko

Marokko duldet nur den sunnitischen Islam. Das erklärte die Regierung vergangene Woche mit klarer Entschlossenheit. Sie geht mit aller Härte gegen jegliche Gruppierungen vor, die in ihren Augen die neu erlassenen Religionsgesetze missachten. Die Regierung in Rabat kommt damit den Forderungen der radikalen Islamisten entgegen. Das Resultat dieser Politik ist eine gefährliche religiöse Radikalisierung der marokkanischen Gesellschaft.

Casablanca/Rabat. – Die neuen Religionsgesetze verbieten in Marokko jegliche Form von Missionstätigkeit. Weshalb herrschen im bis anhin gemässigten nordafrikanischen Land solch strikte Gesetze? Sind in Rabat religiöse Fanatiker an der Macht? Das trifft nicht zu. Vielmehr will die Regierung in Rabat mit einer strikten Gesetzgebung die religiösen Eiferer, die es tatsächlich im Land gibt, beschwichtigen. Den fanatischen Sunniten signalisiert man damit, dass in Marokko der Islam die Staatsreligion ist, und dass man keine anderen Religionen duldet. Die neuen Gebote legen zudem fest, dass auf keinen Fall missioniert werden darf. Diese bedenkliche Beschwichtigungspolitik zeigt, dass in Marokko radikale Gruppierungen indirekt Einfluss auf die Regierung nehmen und schrittweise an Macht gewinnen. Das Ergebnis ist eine gefährliche religiöse Radikalisierung der marokkanischen Gesellschaft. Seit Februar dieses Jahres gelten nun die neuen Religionsgesetze, ein erster Teilerfolg, den die fanatischen Sunniten indirekt erzielen konnten. Momentan sind es die Christen, die de facto unter diesen neuen Richtlinien zu leiden haben. Es ist ihnen zwar immer noch erlaubt, zu beten, die Kirchen zu besuchen und ihre Kinder im christlichen Glauben zu unterweisen. Sie dürfen jedoch nicht missionieren und in den Predigten nicht verkünden, dass Christus der Erlöser sei. Denn das neue Recht fordert, dass ein Moslem eine solche Botschaft auf keinen Fall hören darf.

Selbst Schiiten gelten nicht als Muslime

Unter den neu erlassenen Religionsgesetzen leiden auch schiitische Muslime. Als nun bei einer Polizeiaktion schiitische Gruppen entdeckt wurden, liess die Regierung unmissverständlich verlauten, dass wer in Wort oder Schrift sowie mit verschiedenen

modernen Kommunikationsmitteln die „islamische Rechtgläubigkeit und Moral der marokkanischen Gesellschaft untergräbt“, hart sowie konsequent geahndet werde. Die Staatsreligion ist der Islam und geduldet werden nur Sunniten malikitischer Richtung. Ein Schiit ist somit kein rechtgläubiger Moslem. Aus diesem Grund wurden die Schiiten, die übrigens iranischer Herkunft waren, umgehend des Landes verwiesen. Ausserdem wurden in Marokko alle schiitisch-islamischen Zentren geschlossen.

Die Diskriminierung der Frau ist Tabuthema

Wie die marokkanische Zeitung „Al-Bayane“ (Das Manifest) berichtete, nahm die Königliche Gendarmerie auch Mitglieder einer evangelischen Freikirche – vier Spanierinnen und eine Deutsche - fest und hat sie umgehend nach Spanien abgeschoben. Die Gendarmen stürmten eine Veranstaltung, in der laut „Al-Bayane“ islamische Frauen anwesend waren. Ausserdem schreibt die Zeitung, dass bei dieser Zusammenkunft die „Diskriminierung der Frau“ im Islam thematisiert wurde. Es werde darum angenommen, dass die Frauen bewusst vom Islam abgeworben werden sollten. Auch das ist laut der neuen Gesetzgebung strikt verboten. Die meisten Frauen und Mädchen hätten zudem an diesem Treffen ohne die Erlaubnis ihrer Ehemänner, Väter oder Brüder teilgenommen. Ausserdem seien bei der Razzia grosse Mengen „anti-islamischer“ Literatur in arabischer Sprache sichergestellt worden. Wie „Al-Bayane“ weiter behauptet, hätten die spanischen Behörden nichts gegen die Ausweisung ihrer Staatsangehörigen unternommen, nicht einmal interveniert.

Schweigende Muslime in Europa

„Es ist bedenklich, wie der religiöse Fanatismus salonfähig wird und sich allmählich auch in dem bis anhin gemässigten islamischen Staat ausbreiten konnte. Das Resultat ist leider eine neue Gesetzgebung, wo die Religionsfreiheit und die Rechte der Frauen auf der Strecke bleiben“, erklärt Annette Walder, Geschäftsführerin von CSI Schweiz. Sie fordert, dass auch die Muslime in der Schweiz sich gegen die Verletzung der Religionsfreiheit in islamischen Staaten engagieren: „Muslime in Europa fordern immer mehr Rechte ein, weil sie sich in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt fühlen. Aber ich vermisse ihren Protest gegen die menschenverachtenden Scharia-Gesetzen und gegen die damit verbundene Verletzung der Religionsfreiheit in vielen islamischen Staaten“, fordert Walder.

Christian Solidarity International (CSI)

CSI ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und hilft Glaubensverfolgten, Not leidenden Kindern und Katastrophenopfern. Gegründet wurde CSI vor über 30 Jahren. Auslöser für die Gründung des Werkes waren 1975 Schweigemärsche in Bern und in Zürich für die verfolgten Christen in der früheren Sowjetunion. CSI setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Freiheit leben und aus freien Stücken ihren Glauben wählen und praktizieren können (Art. 18 der UNO-Menschenrechtserklärung). Heute ist CSI in 11 Ländern vertreten. Geschäftsführerin ist Annette Walder.

Für weitere Informationen:

Annette Walder

CSI-Schweiz

Zelglistrasse 64

CH-8122 Binz

044 982 33 33

annette.walder@csi-schweiz.ch

www.csi-schweiz.ch